

# Hans-Gert Pöttering

„WENN MAN EINE WERTEGE-  
MEINSCHAFT IST, IST ES WIE  
IN EINER FAMILIE – DANN  
SCHLIESST MAN NICHT EIN-  
FACH JEMANDEN AUS, WENN ES  
PROBLEME GIBT!“



Hans-Gert Pöttering, geboren am 15. September 1945 im niedersächsischen Bersenbrück, 1966–1968 Wehrdienst, Reserveoffizier der Bundeswehr, 1968–1973 Studium der Rechts-, Politik- und Geschichtswissenschaften an den Universitäten Bonn und Genf, 1971 Studienaufenthalt an der Columbia University New York, 1973 Erstes juristisches Staatsexamen, 1974 Promotion zum Dr. phil. an der Universität Bonn, 1976 Zweites juristisches Staatsexamen, 1976–1979 universitäre Lehrtätigkeiten, 1976–1980 europapolitischer Sprecher der JU Niedersachsen, seit 1979 Mitglied des EP, 1984–1994 Mitglied des Ausschusses für Sicherheit und Abrüstung, 1994–1999 stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, 1995 Honorarprofessor an der Universität Osnabrück, 1996–1999 Leitung der EVP-Arbeitsgruppe „Erweiterung der Europäischen Union“, 1999–2007 Vorsitzender der EVP-Fraktion, 1999–2009 Mitglied im Bundesvorstand und Präsidium der CDU, 2007–2009 Präsident des EP, seit 2010 Vorsitzender der KAS und kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand der CDU.

Das Interview fand am 27. März 2012 in Berlin statt und wurde geführt von Michael Gehler, Tim Geiger, Thomas Jansen, Hanns Jürgen Küsters, Godfried Kwanten, Ulrich Lappenküper und Mathieu Segers.

*Lieber Herr Pöttering, ganz herzlichen Dank, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben und uns für ein Zeitzeugen-Gespräch zur Verfügung stehen. Dürfen wir Sie bitten, uns vielleicht zunächst etwas über Ihre Erfahrungen aus Ihrer langjährigen politischen Tätigkeit in und für Europa zu berichten?*

Ich habe 1978 von dem Satz „Hast du einen Opa, schick' ihn nach Europa“ profitiert, als es um das Aufstellungsverfahren für die ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament in Deutschland ging. Viele berühmte, gestandene Politikerinnen und Politiker kandidierten damals für das Europäische Parlament, die schon eine große nationale Laufbahn hinter sich hatten. Kai-Uwe von Hassel etwa war zuvor Verteidigungsminister, Vertriebenenminister, Bundestagspräsident, und Ministerpräsident in Schleswig-Holstein. Der Sozialdemokrat Willy Brandt war Bundeskanzler. Alfons Goppel war langjähriger Ministerpräsident in Bayern. Es gab noch viele, viele andere, die ich jetzt nicht alle namentlich nennen kann.

Wir haben wohlmeinende Mitglieder in der CDU. Man hat ja nicht nur Leute, die aufpassen, sondern auch wirklich wohlmeinende Parteifreundinnen und -freunde. Sie haben mich 1978/79 vor der Europawahl gefragt: „Warum kandidierst du für das Europäische Parlament? Da hast du doch gar nichts zu sagen! Du solltest dich für den Deutschen Bundestag bewerben!“ Mal unabhängig davon, ob das damals möglich gewesen wäre – es war immer meine Überzeugung, dass wir Europa brauchen, weil nur ein geeintes Europa unsere gemeinsamen Werte, die Würde des Menschen, die Menschenrechte, die Demokratie, die Freiheit und vor allen Dingen den Frieden verteidigen können. Der Friedensgedanke war für mich ein ganz entscheidendes Element, warum ich mich für die europäische Einigung engagiert habe.

Mein Vater ist im Februar 1945, wie wir vermuten, gefallen. Er war lange Zeit vermisst und wurde schließlich für tot erklärt – irgendwo in Pommern, das jetzt zu Polen gehört. Ich bin dann im September 1945 geboren, habe ihn also nie gesehen, und das war – glaube ich – psychologisch gesehen ein starkes Motiv, mich für die Einigung Europas als Friedensidee zu engagieren.

Dem Europäischen Parlament anzugehören, war für mich ein wunderbares Erlebnis. Simone Veil als die erste Präsidentin des Europäischen Parlaments auch zu wählen, Louise Weiss<sup>571</sup> zu hören, die Alterspräsidentin des Europäischen Parlamentes, die eine beachtliche Rede hielt. Sie hatte ja fast das ganze 20. Jahrhundert durchlebt. Egon Klepsch war unser

571 | *Louise Weiss (1893–1983), französische Politikerin der gaullistischen Partei, 1979–1983 Mitglied des EP.*

Fraktionsvorsitzender, später von 1992 bis 1994 Präsident des Europäischen Parlamentes und in beiden Ämtern einer meiner Vorgänger.

Ganz entscheidend war das Jahr 1982, der 1. Oktober! Damals sprach man von Eurosklerose. Helmut Kohl trauten damals viele gar nicht viel zu. Er, der aus Rheinland-Pfalz kam, wurde von einigen als provinziell karikiert, aber er entwickelte sich dann zu einem ganz großen deutschen Staatsmann und Europäer. Wie wir alle wissen, ist er ja der einzige lebende Ehrenbürger Europas – neben Jean Monnet, der ja schon vor längerer Zeit verstorben ist.

Ich erinnere mich daran, wie wir Anfang der 1980er Jahre, ich glaube, es war 1983, an der Grenze zu den Niederlanden demonstriert haben. Das war in Nordhorn an der Grenze. Mit dabei war der deutsche EU-Kommissar Karl-Heinz Narjes. Wir demonstrierten für den Abbau der Grenzkontrollen. Ich erinnere mich sehr gut an meine damalige Rede. An der Grenze zu den Niederlanden erklärte ich, wir vertrauen Helmut Kohl und Andries van Agt, dem damaligen niederländische Ministerpräsidenten, dass es zu einem Grenzabbau kommt, und, wie Sie wissen, ist es ja im Rahmen von Schengen auch dazu gekommen.

Ein wichtiger Punkt war für mich 1984 nach der Europawahl. Auf der Liste 1979 hatte ich Platz 4 in Niedersachsen – wir haben also Landeslisten für die CDU Deutschlands – und für die Europawahl 1984 hatte ich das erste Mal den Platz 1 auf der Liste und bekam ihn dann auch 1989, 1994, 1999, 2004 und 2009 wieder. 2004 und 2009 war ich auch Spitzenkandidat der CDU Deutschlands für die Europawahlen, was keine formelle Sache ist, weil wir ja Landesliste haben, sondern mehr eine deklaratorische Sache. 2004 war ich Fraktionsvorsitzender und 2009 Präsident des Europäischen Parlaments.

Aber zurück zu den 1980er Jahren: 1984 wurde ich Vorsitzender des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“ des Europäischen Parlaments, nachdem ich vorher schon einen Arbeitskreis geleitet habe innerhalb der EVP. Thomas Jansen war damals Generalsekretär der EVP und auch sehr behilflich, dass ich diese Aufgabe für die EVP bekam. Wir wurden damals belächelt, dass nun das Europäische Parlament sich auch mit Fragen der Sicherheit und Verteidigung befassen sollte, aber mich hat das nie gestört. Das war oftmals in meinem politischen Leben so, dass man die Europäer „belächelt“ hat wegen ihrer Vorstellungen. Aber ich habe es immer mit Helmut Kohl gehalten, der gesagt hat: Die

Visionäre sind die eigentlichen Realisten. Damit will ich nicht sagen, dass ich ein Visionär sei oder gewesen sei, sondern einfach nur zum Ausdruck bringen, dass wir, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, mit unseren Überlegungen und Zielvorstellungen immer sehr viel weiter waren als die Parteien auf der nationalen Ebene.

Ein starkes Erlebnis war natürlich in den 1980er Jahren die Entwicklung in Polen, die Entwicklung mit *Solidarność*, dann Papst Johannes Paul II., der seinen Landsleuten zugerufen hat: „Habt keine Angst!“ Bundespräsident Joachim Gauck ist ja gerade dieser Tage in Polen beim Präsidenten Bronisław Komorowski.<sup>572</sup> Komorowski war zu der Zeit Parlamentspräsident, als ich Präsident des Europäischen Parlaments war. Wir haben eine sehr gute Beziehung entwickelt – insbesondere aber auch mit Donald Tusk, dem gegenwärtigen polnischen Ministerpräsidenten, der auch schon bei mir zu Hause in Bad Iburg war. Das ist ein großes Glück für Polen und Deutschland, dass wir heute so verbunden sind und die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern nie besser waren.

Ich hoffe, dass die Deutschen niemals vergessen, dass die Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 nicht möglich gewesen wäre ohne die Polen, und auch natürlich nicht ohne die Esten, die Letten, die Litauer und all die anderen, die zuvor für die Freiheit eingetreten sind. Das bringt mehr als alles andere zum Ausdruck, dass wir in einer gemeinsamen Wertegemeinschaft leben und nicht nur als Europäische Union eine geographische oder politische Gemeinschaft sind, sondern eine wirkliche Wertegemeinschaft. Das hat sehr konkrete Auswirkungen auch auf sehr konkrete Herausforderungen wie gegenwärtig mit Griechenland und der ganzen Frage der Schuldenkrise, was ich aber hier nicht vertiefen möchte.

Im Zusammenhang mit der Einheit Deutschlands fällt mir ein Ereignis ein aus dem Februar 1990, als wir mit einer Gruppe aus dem Unterausschuss „Sicherheit und Abrüstung“, die geleitet wurde von Jean Penders<sup>573</sup>, meinem niederländischen Freund und unserem sicherheits-

572 | *Bronisław Komorowski (geb. 1952), polnischer Politiker der Bürgerplattform, 2007–2010 Parlamentspräsident, seit 2010 Präsident seines Landes.*

573 | *Jean Penders (geb. 1939), niederländischer Politiker der KVP, heute CDA, 1979–1994 Mitglied des EP.*

politischen Sprecher im Ausschuss, in Moskau waren. Das war mehr als ein halbes Jahr vor der Einheit Deutschlands. Wir waren dann bei Valentin Falin, dem damaligen zuständigen Mann für die Europapolitik und die internationale Politik des ZK der KPdSU. Wir redeten über die mögliche Einheit Deutschlands und die mögliche Mitgliedschaft in der NATO. Er war gegen beides. Dann hat aber unser Fraktionsmitglied, die heutige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Viviane Reding<sup>574</sup> aus Luxemburg, eine sehr clevere Begründung gegeben und hat gesagt: „Herr Falin, Deutschland, das ist so ein großes Deutschland, wenn das wiedervereinigt ist – und wir sind ja dafür, dass es wiedervereinigt wird – dann ist das doch gut, wenn dieses große Deutschland eingebunden wird. Das ist doch auch im sowjetischen Interesse, wenn dieses Deutschland nicht so freischwebend ist, sondern durch die NATO eingebunden wird.“ Natürlich war Falin nicht dafür. Aber ich fand diese Begründung von einer Luxemburgerin wirklich clever.

Ich habe dieser Tage wieder daran gedacht. Ich war letzte Woche in New York und Washington bei Henry Kissinger und erinnerte mich an einen Besuch des US-amerikanischen Botschafters Anfang der 1990er Jahre bei mir im Landkreis Osnabrück, der dort eine Rede hielt. Auch er war bei mir zu Hause in Bad Iburg. Ich spreche von Vernon Walters<sup>575</sup>. Walters berichtete, dass er 1989/90 zu Henry Kissinger gegangen sei und gesagt habe: „Henry, tell it to the president, we have to unite Germany now!“ Das habe ich Henry Kissinger nochmals berichtet letzte Woche. Dieser sagte dazu: „Genauso war es! Vernon Walters ist zu mir gekommen.“ Und Henry Kissinger hat mit Präsident George Bush gesprochen.

Das will ich doch auch zum Ausdruck bringen: Es gab keine Regierung in der Welt, auch in Europa nicht, die Deutschland bei der Einheit so unterstützt hat wie das der Fall war mit George Bush senior. In Europa hatten wir ja durchaus eine andere Gemengelage. Ich möchte jetzt

574 | Viviane Reding (geb. 1951), luxemburgische Politikerin der CSV, 1989–1999 Mitglied des EP, 1999–2004 EU-Kommissarin für Bildung und Kultur, 2004–2010 EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, seit 2010 EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft sowie Vizepräsidentin der Kommission.

575 | Vernon A. Walters (1917–2002), amerikanischer Diplomat, 1985–1989 Botschafter bei den Vereinten Nationen, 1989–1991 Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland.

nicht auf Einzelheiten eingehen. Aber die wunderbare Erfahrung im Europäischen Parlament war, dass wir dort eine breite Unterstützung für die Einheit Deutschlands hatten, und anders als in einigen Hauptstädten gab es keinen ernsthaften Widerspruch.

Das lag auch daran, dass wir uns über die Jahre seit 1979 hinweg Vertrauen erarbeitet hatten, dass die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern uns vertrauten. Ich sage es auch gerade mit Bezug auf die Niederlande. Die Regierung in Den Haag war ja nicht immer so hilfreich für Helmut Kohl, aber die Europa-Abgeordneten aus den Niederlanden waren wirklich wunderbare Freunde. Das hatte auch damit zu tun, weil in unserem EVP-Programm von Selbstbestimmungsrecht aller Europäer einschließlich der Deutschen die Rede war und sich dieses Vertrauen innerhalb der EVP und auch innerhalb unserer Fraktion so entwickelt hatte.

Ein entscheidender Durchbruch war dann natürlich Maastricht 1992 mit der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments. Dort gab es erstmalig die Mitentscheidung des Parlaments in einigen Bereichen. Dann wurde ich von der Fraktion beauftragt, seit 1994 war ich stellvertretender Fraktionsvorsitzender, für unseren Kongress in Toulouse 1995 das Dokument für die Regierungskonferenz von Amsterdam zu entwickeln. Wichtig waren dabei vor allem zwei Aspekte: Mitentscheidung des Europäischen Parlaments in allen Fragen europäischer Gesetzgebung und die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat in allen Fragen europäischer Gesetzgebung.

Das haben wir zwar nicht ganz erreicht, aber es war ein großer Durchbruch, und ich möchte auch darauf hinweisen, dass von den CDU/CSU-Kollegen in ganz besonderer Weise neben anderen Elmar Brok, mein Kollege aus Nordrhein-Westfalen, jetzt wieder Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, in den Regierungskonferenzen eine entscheidende Rolle spielte. Dass wir je nach Position – ich in der Fraktion, er in den Regierungskonferenzen – eng zusammengearbeitet haben, half ungemein. Unsere Vorarbeit in der Fraktion und auf dem EVP-Kongress in Toulouse brachte einen wirklichen Durchbruch.

Dann möchte ich darauf hinweisen, und das war ein entscheidendes Element, dass ich in der zweiten Hälfte der Wahlperiode 1994 bis 1999 zuständig wurde für die Fragen der Erweiterung. Die Regierungen hatten zunächst die Erweiterung vorgesehen um Estland, Polen, Ungarn

und Slowenien. Litauen, Lettland wie auch die Slowakei waren nicht in dieser ersten Runde. Wir haben dann als Fraktion auf meinen Vorschlag beschlossen, dass aber auch Lettland, Litauen und die Slowakei die Chance haben sollten, mit in die erste Runde aufgenommen zu werden. Wir haben dann gesagt: Wir empfehlen intensive Verhandlungen mit denjenigen, die weit fortgeschritten sind und Verhandlungen mit denjenigen, die noch nicht so weit fortgeschritten sind – aber mit der Chance, dass sie aufholen können. Wie Sie alle wissen, sind ja dann zehn Länder am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten: Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Slowenien plus Malta und Zypern. Also wir haben es geschafft, Lettland und Litauen und auch die Slowakei, die eine Sonderrolle spielte, mit hinein zu bekommen in diese Aufnahmerunde. Zunächst hat es die Fraktion beschlossen, dann das Parlament, dann hat die Kommission es übernommen und dann auch die Regierungen.

Ein wichtiges Ereignis war die Bildung der Prodi-Kommission 1999 im Herbst. Ich war am 13. Juli 1999 gewählt worden als Fraktionsvorsitzender. Aber wie das immer so ist, wenn man gerade gewählt wurde – man ist noch nicht so stark, dass man all das, was man durchsetzen will, durchsetzen kann. Prodi gehörte nicht zu uns, nicht zur EVP. Er war einst Mitglied, wie Sie wissen, der Democrazia Cristiana, aber hatte die Partei dann verlassen und gehörte also nicht zu uns. Wir in der Fraktion – das war auch besonders mein Anliegen – vertraten die Auffassung, der Wahlsieger sollte sich in der Person des Kommissionspräsidenten wiederfinden. So steht es jetzt auch im Vertrag von Lissabon: dass der Vorschlag für den Kommissionspräsidenten das Wahlergebnis berücksichtigen soll. Das gab es zwar noch nicht in der Vertragsform 1999, aber diese politische Forderung hatten wir schon. Anders als 2004 war ich aber 1999 als neuer Fraktionsvorsitzender nicht stark genug, um Prodi zu verhindern, so dass wir ihm etwas abhandeln mussten. Dann haben wir uns auf fünf Punkte verständigt. Ich gehe auf die drei wichtigsten Punkte ein.

Erstens: Die Kommission erklärt, dass ihre Präsenz im Plenum des Parlaments Vorrang hat vor anderen Terminen – was aus der Sicht von heute selbstverständlich erscheint. Auf nationaler Ebene war es immer selbstverständlich, dass die Regierung im Parlament anwesend zu sein hat.

Zweitens: Der Kommissionspräsident entlässt einen Kommissar, wenn er nicht mehr das Vertrauen des Parlaments hat. Da war der Hinter-

grund, dass die Kommission von Jacques Santer ja gescheitert ist an Édith Cresson, weil Santer sie bedauerlicherweise nicht entlassen konnte, denn der französische Staatspräsident Jacques Chirac, erlaubte es nicht, dass aus der *Grande Nation* ein Kommissar zurückgezogen wird. Nun wollten wir auch erreichen, dass nicht gleich eine ganze Kommission scheidet, wenn ein Kommissar sich vermeintlich oder wirklich fehlverhält. Nun konnte Prodi nicht zusagen, dass er jemanden entlassen würde, wenn das Parlament es fordert. Das wäre ein Automatismus gewesen, der rechtlich zweifelhaft war. Aber clever, wie er war, hat Prodi dann vor dem Vertrauensvotum für die Kommission jedes Mitglied der Kommission gefragt: „Würden Sie zurücktreten, wenn ich Sie dazu auffordere?“ Dann hat jedes Mitglied der Kommission sich dazu verpflichtet, so dass wir diesen Punkt auch durchgesetzt haben.

Drittens: Das Parlament, das ja formell nicht die Gesetzesinitiative hat, kann die Kommission auffordern, Vorschläge für ein Gesetz zu machen. So hat sich die Kommission verpflichtet, diesem Anliegen in der Regel zu entsprechen. Auch da sind wir mit unseren Forderungen durchgekommen. Das war ein wichtiger institutioneller Einstieg.

Sehr wichtig war dann Nizza im Dezember 2000. Chirac trat vor das Europäische Parlament und berichtete über den Gipfel von Nizza. Der Vertrag von Nizza war in der Sache, was die Kompetenzen des Parlaments anging, nicht weiterführend. Wir waren sehr kritisch. Aber die Kollegen bei uns in der Fraktion, deren Parteien in den nationalen Hauptstädten an der Regierung waren, wie die Spanier mit José Maria Aznar, haben natürlich ja gesagt zu Nizza, während wir – CDU/CSU, wir waren in der Opposition – meinten, dass Nizza nicht hinreichend war und nein gesagt haben. Ich armer Kerl stand nun da und musste Chirac antworten und habe gesagt: „Wir werden unsere endgültige Haltung zu Nizza erst dann bekanntgeben, wenn wir wissen, was nach Nizza kommt.“ So habe ich ordentlich auf den Putz gehauen, und so wurde gar nicht erkennbar, dass unsere Fraktion in der Sache gespalten war.

Dann habe ich großen Wert darauf gelegt, dass wir noch vor Weihnachten 2000 als Fraktion einen Antrag stellten für den EVP-Kongress im Januar 2001 in Berlin, der dann durch den damaligen Generalsekretär der EVP-Fraktion, den heutigen Generalsekretär des Parlaments, Klaus Welle, geschrieben wurde. In diesem Antrag forderten wir eine neue Konferenz, die wirklich in der Sache auch weiterführt. Ich werde nie



vergessen, wie der heutige italienische Staatspräsident, Giorgio Napolitano<sup>576</sup>, im Januar in der Straßburg-Sitzung auf mich zukam – er war damals Europaabgeordneter, Vorsitzender des konstitutionellen Ausschusses – und zu mir sagte: „Da haben Sie etwas Tolles gemacht, eine solche neue Konferenz zu fordern“. Da habe ich geantwortet: „Machen Sie das Gleiche in Ihrer Parteienfamilie, damit wir das auch bei den Regierungen durchsetzen können!“ Sie wissen, es ist ja dann zum Verfassungskonvent gekommen und zu dem Verfassungsvertrag, der dann bedauerlicherweise in Frankreich und in den Niederlanden im Jahre 2005 abgelehnt wurde.

Es war dann der von mir eigentlich hochgeschätzte niederländische Außenminister Ben Bot,<sup>577</sup> der die törichte Bemerkung machte: „Der Vertrag ist tot.“ Dann habe ich ihm widersprochen, was die eine oder andere niederländische Zeitung auch wiedergab. Dann ist er zu mir in mein Fraktionsvorsitzendenbüro in Brüssel gekommen und hatte leitende Herren aus seinem Ministerium dabei. Einer ist jetzt im Übrigen Botschafter in Berlin. Dann habe ich gesagt: „Herr Außenminister, wie können Sie so etwas sagen? So lange etwas Feuer in der Asche ist, müssen wir doch für unsere gute Sache kämpfen.“ Sie wissen, dass wir schließlich den Vertrag von Lissabon erreicht haben.

Als der Vertrag von Lissabon im Jahre 2008 zunächst abgelehnt wurde in Irland, bin ich in der katholischen Bischofskonferenz des Landes gewesen. Diese fand in einem Kloster statt, wo ich mit den Bischöfen darüber diskutiert habe. Es gab ja immer auch Anfechtungen von der katholischen Kirche, weil es keinen Gottesbezug im Vertrag von Lissabon gab und auch das christlich-jüdische Erbe nicht genannt wurde, obwohl unsere Fraktion sich sehr darum bemüht hatte. Ich habe dann noch eine Bemühung unternommen in Vorbereitung der Berliner Erklärung vom 25. März 2007, die hier in Berlin unterschrieben wurde von Angela Merkel als Präsidentin des Europäischen Rates, von José Manuel Durão Barroso für die Europäische Kommission und von mir für das Europäische Parlament, was schon an sich ein Wunder ist, dass die drei Institutionen sich auf einen Text einigten. Ich hatte die Vollmacht vom Parlament, zu unterschreiben, ohne dass das Parlament den Text im

576 | *Giorgio Napolitano (geb. 1925), italienischer Politiker der PD, seit 2006 Präsident seines Landes.*

577 | *Bernard Rudolf Bot (geb. 1937), niederländischer Diplomat und Politiker des CDA, 1992–2003 Ständiger Vertreter bei der EU, 2003–2007 Außenminister seines Landes.*

Genzen kannte. Das ist schon für das Parlament etwas ganz Besonderes. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen die Verfahren – da ist ja Vieles Psychologie – hinterher noch erläutern. Das würde jetzt hier zu weit führen.

Ich hatte im Vorfeld der Berliner Erklärung bei einem Abendessen Anfang März 2007, als ein Gipfel in Brüssel war, noch einmal eine Bemühung unternommen, dass das christlich-jüdische Erbe genannt würde. Guy Verhofstadt als Ministerpräsident Belgiens hatte mir am Tag vorher zugesichert, dass die Belgier das akzeptieren könnten, hat mir aber dann am Tag des Gipfels gesagt, seine Koalition könne das nicht mitmachen. Ich habe das dann gleichwohl noch einmal erwähnt bei dem Abendessen. Ich saß zwischen Angela Merkel, die die Präsidentschaft hatte, und Jacques Chirac, und als ich vom christlich-jüdischen Erbe sprach, sagte Chirac sofort: „Das ist mit Frankreich nicht zu machen!“ Es kam dann nicht in die Erklärung hinein.

Ich habe – das muss man in diesem Zusammenhang vielleicht auch noch sagen – am 30. November 2004 einen letzten Besuch bei Papst Johannes Paul II. gemacht, wo er mir ein wunderbares Dokument überreicht hat, in dem er sinngemäß erklärt: Selbst wenn man mit dem, was man erreichen möchte, für die Werte des Christentums auch nicht immer erfolgreich ist, hat es doch seinen Bekenntnischarakter. In meinem Arbeitszimmer in Brüssel hängt dieses Dokument an der Wand. Zudem hat er es noch unterzeichnet. Er ist ja dann vier Monate später gestorben.

Unsere Bemühungen waren in Bezug auf den Verfassungsvertrag und dann den Lissabon-Vertrag insofern erfolgreich, als dass wir den Kirchenartikel haben, in dem ja die Kirchen in besonderer Weise herausgehoben sind. Dann haben wir am 12. Dezember 2007 die Charta der Grundrechte am Tag vor der Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon im Europäischen Parlament in Straßburg unterzeichnet, um noch einmal unsere Werte zum Ausdruck zu bringen. José Manuel Durão Barroso als Präsident der Europäischen Kommission, José Sócrates<sup>578</sup> als Präsident des Europäischen Rates und ich als Präsident des Europäischen Parlaments haben im Europäischen Parlament die Charta unterzeichnet, die unsere gemeinsamen Werte verkörpert.

578 | José Sócrates (geb. 1957), portugiesischer Politiker der sozialistischen Partei, 2005–2011 Ministerpräsident seines Landes.

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung: Die britischen Konservativen waren ja bis 2009 in unserer Fraktion im Europäischen Parlament. Es war ein langer, langer Weg, bis sie in die Fraktion kamen in den 1990er Jahren, und 1999 wurde dann der Name geändert oder ergänzt: EVP-ED-Fraktion, ED für Europäische Demokraten.

Ich vergesse nie, das war in Malaga, als Wolfgang Schäuble noch als Parteivorsitzender der CDU und William Hague zu den Studientagen der EVP-Fraktion kamen. Das war ein paar Tage vor meiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden. Wilfried Martens war für die EVP als der bisherige Fraktionsvorsitzende und natürlich als Vorsitzender der Partei da. Wir beschlossen, unseren Namen zu erweitern in EVP-ED, und ED stand dann für die britischen Konservativen, später auch für die ODS-Leute aus Tschechien, die dann 2004 dazu kamen. Nachdem Hague den Vorsitz der Konservativen Partei aufgeben musste, kam Iain Duncan Smith<sup>579</sup>, dann kam Michael Howard<sup>580</sup>. Mit Michael Howard haben wir vor der Europawahl 2004 vereinbart, dass wir den Briten Zugeständnisse machen hinsichtlich unserer Geschäftsordnung der Fraktion. Wir haben dann eine Kommission gehabt, in der auch Marianne Thyssen<sup>581</sup> für Belgien dabei war. Ich bin ein europäischer Föderalist. Es ist immer eine große Hilfe, wenn man Angehörige aus kleinen Mitgliedsstaaten oder Föderalisten dabei hat. Dann haben wir vor der Wahl dahingehend einen Vorschlag für die Änderung unserer Geschäftsordnung gemacht, dass den Briten ein Stellvertreter in der Fraktion zusteht und dass sie in konstitutionellen und institutionellen Fragen ihre eigenen Positionen haben können. Dann wollte ich darüber in einer Fraktionssitzung abstimmen lassen. Ich hatte aber die Psychologie nicht ganz richtig eingeschätzt. Ich glaubte, die Sache sei abstimmungsreif, und dann haben unsere französische Kolleginnen und Kollegen von der UMP an dem Abend den Saal verlassen, nicht die Fraktion, sondern den Saal verlassen, und das war für mich eine Fehleinschätzung, die ich da vorgenommen hatte, weil ich dachte, die Sache ist entscheidungsreif. Dann habe ich mich sehr mit Alain Juppé bemüht, der damals der Parteivorsitzende

579 | *Iain Duncan Smith (geb. 1954), britischer Politiker der konservativen Partei, 2001–2003 deren Vorsitzender, seit 2010 Arbeits- und Pensionsminister seines Landes.*

580 | *Michael Howard (geb. 1941), britischer Politiker der konservativen Partei, 1993–1996 Innenminister seines Landes, 2003–2005 Vorsitzender der konservativen Partei.*

581 | *Marianne Thyssen (geb. 1956), belgische Politikerin der CD&V, seit 1991 Mitglied des EP, 2008–2010 Vorsitzende ihrer Partei.*

war, dass die Franzosen einlenkten. Ein paar Wochen später haben wir dann über die Änderung unserer Geschäftsordnung abgestimmt. Die Franzosen haben mitgemacht, d. h. sie haben sich der Stimme enthalten, so dass die britischen Konservativen vor der Europawahl 2004 ihre Wünsche durchsetzen konnten. Aber ich habe immer abgelehnt, dass der ED-Teil gleichberechtigt war neben dem EVP-Teil und dass sie in ihren ED-Teil aufnehmen konnten, wen sie wollten. Das war es, was die Briten eigentlich wollten. Das haben wir immer abgelehnt. Die Fraktion war immer das gemeinsame Dach. In der gemeinsamen Fraktion hatte der EVP-Teil auch immer die Mehrheit, so dass also die Briten dem EVP-Teil nicht ihre Meinung aufzwingen konnten. In der Konferenz der Präsidenten hatte ich dann als Fraktionsvorsitzender immer auch so viele Stimmen, wie die Fraktion Mitglieder hatte, so dass ich auch mit den britischen Stimmen für unsere gute europäische Sache eintreten konnte.

Dann erschien David Cameron auf der politischen Bildfläche und versprach seinen Unterhaus-Kollegen, wenn sie ihn denn zum Führer wählen würden, dass er seine Leute aus der Fraktion holen werde. Dann habe ich mit ihm – ich glaube, Januar/Februar 2006 – in London ein Gespräch gehabt. Mittlerweile war er Parteivorsitzender und er wollte seine Leute herausholen. Ich habe ihm gesagt: „Sie werden wortbrüchig, wenn Sie das machen, denn wir haben vor der Wahl mit Michael Howard besprochen, Ihrem Amtsvorgänger, unsere Satzung zu ändern. Vor der Wahl 2004 haben alle konservativen Kandidatinnen und Kandidaten unterschrieben, dass sie nach der Wahl in die Fraktion gehen und auch die ganze Wahlperiode ihr angehören.“ Darauf sagte er: „Diese Verpflichtung bin ich nicht eingegangen.“ Ich erwiderte: „Sie stehen in der Verpflichtung Ihrer Partei. Die Politik fängt nicht mit Ihnen neu an.“ Er hat dann später zu Joseph Daul gesagt, das sei eines der unerfreulichsten Gespräche gewesen, die er jemals gehabt habe. Aber das zeigt, dass das Gespräch doch sinnvoll war. Ich war freundlich zu ihm. Der Weg zum Ausgang war sehr weit und so habe ich ihn dann noch begleitet. Wir haben uns freundlich verabschiedet, sind uns dann noch zweimal begegnet. Aber das war ein absolut hartes Gespräch.

Dann sind die Briten bis 2009 in der Fraktion geblieben. Cameron hat dann gesagt, er hätte Wort gehalten, aber so ist es meines Erachtens nicht gewesen. Wir haben im Parlament alles getan, dass sie keine Verbündeten fanden. Es gab die Fraktion der UEN unter Vorsitz von

Brian Crowley<sup>582</sup>, mit dem ich mich wunderbar verstanden habe. Er hatte in seiner Fraktion damals auch die Recht- und Gerechtigkeitspartei der Kaczyńskis aus Polen. Die Polen hatten ihm versichert, sie bleiben auf jeden Fall bis 2009 in der Fraktion, so dass die Briten auch gar keinen Allianzpartner fanden. Es wäre für sie der Super-GAU gewesen, fraktionslos, die so genannten *Non-Inscrits*, zu sein. Also sind sie bis 2009 bei uns geblieben. Cameron meinte dann, die Konservativen hätten ihr Wort gehalten. Aber die Bedingungen waren doch etwas anders. 2009 haben die Briten ja die Fraktion verlassen, und gleichwohl ist die EVP auch bei den Wahlen 2009 wie 2004 und 1999 die stärkste Fraktion geworden.

*Herr Pöttering, zunächst einmal ganz herzlichen Dank. Sie sollten vielleicht noch zwei bis drei Akzente zu Ihrer Präsidentschaft sagen. Was war für Sie besonders wichtig?*

Was war wichtig? Die Wahl war am 16. Januar 2007. Es gab eine Vereinbarung mit den Sozialisten. Wir hatten mit den Sozialisten 2004 nach der Europawahl eine Vereinbarung getroffen, dass wir in der ersten Hälfte einen Sozialisten wählen und in der zweiten Hälfte dann einen Christdemokraten. Das ist dann immer so, dass man keinen Einfluss nehmen kann, wer nun der Kandidat der anderen Fraktion ist. Bei den Sozialisten sah es erst so aus, als ob der frühere französische Ministerpräsident Michel Rocard<sup>583</sup> der Kandidat würde. Er fand aber nicht die Unterstützung der französischen Sozialisten. Die sind im Parlament ziemlich links, und Rocard ist eher ein Mann der Mitte oder wenn man so will: der rechten Mitte. Jedenfalls wurde dann der Kandidat der Spanier, Josep Borrell<sup>584</sup>, der als Minister schon einen langen nationalen Weg hinter sich hatte, auserkoren. Er war aber völlig neu im Europäischen Parlament. Die Liberalen haben dann in einem sehr gelungenen Coup Bronisław Geremek<sup>585</sup> aufgestellt. Das ist eine großartige Persönlichkeit. Dass ich ein schlechtes Gewissen hatte, wäre übertrieben. Aber

582 | Brian Crowley (geb. 1964), irischer Politiker der Fianna Fáil, seit 1994 Mitglied des EP.

583 | Michel Rocard (geb. 1930), französischer Politiker der sozialistischen Partei, 1988–1991 Premierminister seines Landes, 1994–1997 und seit 1999 Mitglied des EP.

584 | Josep Borrell (geb. 1947), spanischer Politiker der sozialistischen Partei, 2004–2009 Mitglied des EP, 2004–2007 dessen Präsident.

585 | Bronisław Geremek (1932–2008), polnischer Politiker der liberalen Unia Wolności, 1997–2000 Außenminister seines Landes.

ich fühlte mich nicht so ganz wohl, dass wir nun für den Sozialisten Borrell waren. Das hatte nichts mit Borrell als Person zu tun. Aber es war schade, dass wir diesen großen Geremek nicht unterstützen konnten, weil wir ja nun dieses Bündnis mit den Sozialisten eingegangen waren und das auch der Sache immer Stabilität verleiht, wenn die beiden größten Fraktionen sich auf das Amt des Präsidenten einigen. In der Folge war ich dann zu Geremek immer besonders freundlich, weil ich mich unwohl fühlte, dass wir nicht für ihn stimmen konnten.

Dann habe ich am 13. Februar 2007 meine Programmrede gehalten, die sehr lange dauerte. Ich vertrat den Standpunkt, dass wenn der Präsident des Europäischen Rates die Rede hält, man erwartet, dass der Parlamentspräsident selbstverständlich die Sitzung leitet. Dann habe ich gesagt: Dann ist es auch selbstverständlich, wenn der Parlamentspräsident seine Programmrede hält, dass der Präsident – in diesem Fall die Präsidentin, also Angela Merkel – auch dabei ist. Das war, glaube ich, bisher das einzige Mal, dass der Präsident oder die Präsidentin des Europäischen Rates bei der Programmrede des Präsidenten des Europäischen Parlaments anwesend war. Angela Merkel ist gekommen. Ich weiß noch, wie ich sie am Diplomateneingang in Straßburg am roten Teppich empfang, und sie sagte, sie sei auch gerne gekommen – was auch gewiss ehrlich war.

Ich will einen Punkt erwähnen, weil er uns heute noch beschäftigt: Ich habe in meiner Rede ein Haus der Europäischen Geschichte vorgeschlagen, was keine neue Idee war. Bis dato hatte aber niemand diese Idee richtig aufgegriffen und durchgesetzt. Ich war entschlossen, dieses nicht nur vorzuschlagen, sondern auch umzusetzen. Dann hat das Präsidium sich auch der Sache angenommen. Wir haben ein Kuratorium unter meinem Vorsitz eingerichtet, den ich bis heute inne habe. Dann haben wir einen Sachverständigenrat einberufen, der ein Konzept erarbeiten sollte unter Vorsitz des Direktors des Hauses der Deutschen Geschichte, Prof. Hans Walter Hütter<sup>586</sup>. Dort ist ein erstes Konzept entwickelt worden. Heute gibt es den Sachverständigenbeirat nicht mehr, sondern einen wissenschaftlichen Beirat unter Vorsitz des polnischen Historikers Włodzimierz Borodziej. Es gibt mittlerweile auch ein Aufbauteam von etwa 20 Leuten. Die Direktorin ist eine Slowenin, Taja

586 | Hans Walter Hütter (geb. 1954), deutscher Geschichtswissenschaftler, seit 2007 Leiter der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Vovk van Gaal. Wir haben einen Architekten-Wettbewerb abgeschlossen, den ein Architektenbüro gewonnen hat, das auch das *Petit Palais* in Paris umgebaut hat. Wir haben jetzt im Haushalt 2012 13 Millionen Euro dafür. Es wird derzeit ausgeschrieben, wer das Gebäude, was wir hinter dem Parlament in Brüssel haben, umbaut. Dort liegt auch dieser Leopoldpark mit einem kleinen See. Das Eastman-Gebäude gehört für 99 Jahre dem Europäischen Parlament. Hier wird dann umgebaut. Dort wird es auf mehreren Etagen das Haus der Europäischen Geschichte geben mit Schwerpunkten wie den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts, den Kriegen und der europäischen Friedensantwort, der Einigung Europas mit Rückbezügen auf Athen, Rom, das Mittelalter, das Christentum usw. Die ganze Sache wird ca. 50 Millionen Euro kosten: 30 Millionen Euro für den Umbau, 20 Millionen Euro für die Einrichtung des Hauses. Wir werden eine Ausstellungsfläche für eine ständige Ausstellung von 4.000 Quadratmeter haben und eine Ausstellungsfläche für eine temporäre Ausstellung von etwa 600 Quadratmeter.

Das ist eigentlich das Wichtigste, was umgesetzt wurde. Es war wahn-sinnig schwierig. Wenn ich in den vergangenen 10 bis 15 Jahren Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen führte, sind die in der Regel zu mir gekommen. Nun aber bin ich in fast alle Büros der Haushälter hineingegangen und habe mit ihnen gesprochen. Sie wollten das Geld erst nicht zur Verfügung stellen und haben gesagt, dass die Kommission und der Rat eingebunden werden müssten. Aber wenn wir die eingebunden hätten, wäre die Sache passé gewesen – dann hätten wir es nie erreicht. Aber was wir erreicht haben, ist, dass Barroso eine schriftliche Erklärung an meinen Nachfolger Jerzy Buzek<sup>587</sup> gegeben hat: Wenn das Gebäude steht und eingerichtet ist, wird die Kommission sich an den Folgekosten beteiligen. Das hat dann unsere Haushälter, auch die Sozialisten, die das Geld zunächst in die Reserve stellen wollten, ver-söhnt, so dass sie das auch unterstützten.

Das Haus der Europäischen Geschichte soll vor der Europawahl 2014 eröffnet werden. Das ist ambitioniert, wird auch wahrscheinlich nicht ganz fertig sein, aber wir können es dann eröffnen. Das würde der gegenwärtige Präsident machen, Martin Schulz, so dass die Sozialisten da auch einen Anreiz haben, die Dinge voran zu treiben.

587 | Jerzy Buzek (geb. 1940), polnischer Politiker der liberalen Bürgerplatt-form, 1997–2001 Ministerpräsident seines Landes, 2009–2012 Präsident des EP.

Was gibt es noch zu sagen? Ich sprach schon von Bronisław Geremek. Er ist ja durch einen furchtbaren Autounfall zu Tode gekommen. Es war am 13. Juli 2008. Es gab ein großes Staatsbegräbnis – erst in der Kirche in Warschau. Dabei fiel mir die Einheit von Kirche und Nation in Polen auf. Geremek stammte ja aus einer jüdischen Familie, aber sein Leichnam im Sarg wurde in der katholischen Kirche aufgebahrt. Angeblich soll er auch katholisch geworden sein. Warum berichte ich das? Es gab dann eine Zeremonie auf dem Friedhof vor dem Ehrengrab. Es gab nur einen nicht-polnischen Redner, und das war der Präsident des Europäischen Parlaments, der Deutscher war. Sie können sich vorstellen, wie mich das in einer solchen Situation berührt hat. Dann war der stellvertretende Kommandant des Ghetto-Aufstandes von 1943 da, Marek Edelman<sup>588</sup>, der 2009 gestorben ist. Er war damals fast 90 Jahre alt und wir hielten uns an der Hand. Er sprach als Übernächster nach mir. Das war ein ganz tiefes historisches Erlebnis für mich, weil einem dabei so viel durch den Kopf geht.

Ein weiterer wichtiger psychologischer Aspekt betrifft das Jahr 2007. Am 21. Dezember 2007 wurde an der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Grenze der Abbau der Grenzkontrollen vollzogen. Angela Merkel war als Präsidentin des Europäischen Rates wie auch die Ministerpräsidenten Donald Tusk und Mirek Topolánek<sup>589</sup> anwesend. Wenn man ein Bewusstsein für Geschichte hat und weiß, was Grenzen bedeuten für einen Krieg und Militär, das Grenzen überschreitet, dann spürt man in einer solchen Stunde, was es heißt, dass die Grenzen nicht mehr da sind. Das war ein tiefes Erlebnis am 21. Dezember 2007.

Ein weiteres Erlebnis aus meiner Sicht hat ebenso eine tiefe symbolische Bedeutung: Ich wollte immer einmal den Bischof von Osnabrück, Franz-Josef Bode<sup>590</sup>, also die Diözese, aus der ich komme, und meinen Freund, den Erzbischof von Oppeln, Alfons Nossol<sup>591</sup>, jetzt emeritiert als Bischof, zu einem Gottesdienst zusammenbringen. Dann bekamen

588 | Marek Edelman (1919–2009), polnischer Politiker der *Solidarność*, 1989–1993 Mitglied des polnischen Parlaments.

589 | Mirek Topolánek (geb. 1956), tschechischer Politiker der ODS, 2006–2009 Ministerpräsident seines Landes.

590 | Franz-Josef Bode (geb. 1951), deutscher römisch-katholischer Theologe, seit 1995 Bischof von Osnabrück.

591 | Alfons Nossol (geb. 1932), polnisch-deutscher römisch-katholischer Theologe, 1977–2009 Bischof von Oppeln.



wir schließlich einen Termin, den 12. Juli 2009. Das war zwei Tage vor der Wahl von Jerzy Buzek – und damit auch zwei Tage vor meinem Ausscheiden aus diesem Amt. Ein halbes Jahr vorher hatten wir unseren Kongress der EVP in Warschau. Donald Tusk lud mich zu einem Frühstück ein. Dann habe ich ihm gesagt, dass dieser Gottesdienst am 12. Juli stattfinden werde, woraufhin er meinte, dass er gerne dabei sein wolle. Am 12. Juli haben wir schließlich diesen Gottesdienst gefeiert – mit Donald Tusk, mit Jerzy Buzek, mit Joseph Daul und dessen Frau. Alfons Nossol hat die Predigt gehalten. Er sagte u. a.: „Auf einen polnischen Papst ist ein deutscher Papst gefolgt, und auf einen deutschen Präsidenten des Europäischen Parlaments folgt ein polnischer Präsident des Europäischen Parlaments. So etwas kann nur dem Heiligen Geist einfallen.“ Das war eine schöne Begebenheit.

Donald Tusk war auch zu einem anderen Anlass einmal in meiner Wahlregion und hat in meinem Geburtsort Bersenbrück im Gymnasium gesprochen. Das war ein wunderbares Erlebnis. Die Schülerinnen und Schüler haben die polnische Nationalhymne gesungen – auf polnisch!

Damit darf ich das auch abschließen, wie sich in wunderbarer Weise die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, auch der CDU und der Bürgerplattform entwickelt haben. Das gibt einem wirklich Mut, auch für die Zukunft an diesem wunderbaren und großen Projekt der Einheit Europas weiter mitzuarbeiten.

*Herzlichen Dank für diese eindrücklichen Schilderungen. Könnten Sie uns berichten, wie Sie Abgeordneter des Europäischen Parlaments geworden sind? Sie haben von der Aufbruchstimmung im Jahre 1979 gesprochen! Wie lief Ihre Nominierung zum Kandidaten eigentlich konkret ab? Und eine Zusatzfrage noch: Gab es im Zusammenhang mit der Kollektiv-Demission der Santer-Kommission 1999 auch einen schleichenden Bedeutungsverlust der Kommission? Hat das Europäische Parlament dadurch nicht auch einen Verbündeten mit Blick auf den Rat verloren?*

Zunächst, wie bin ich Europa-Abgeordneter geworden? Wo fängt man da an? 1973/74 waren Landtagswahlen in Niedersachsen. Ich als Bersenbrücker bemühte mich, Kandidat für den Landtag zu werden, wobei ich eigentlich überhaupt keine Chancen hatte, weil der amtierende Abgeordnete ein früherer Minister für Wirtschaft und Verkehr in

Niedersachsen, Karl Möller<sup>592</sup> aus Quakenbrück war. Die Orte spielen jetzt durchaus eine Rolle. Derjenige, der Möller ablösen sollte, war der Kreisvorsitzende der CDU, Reinhard von Schorlemer<sup>593</sup>, dessen Nachfolger ich dann 1990 als CDU-Kreisvorsitzender wurde. Das Wahlgremium bestand aus 23 Personen und man wusste eigentlich vorher, wo sie standen. Diese 23 Leute, es gab einen Kreispartei-Ausschuss, kamen aus dem Wahlkreis Bersenbrück. Die standen alle fest, die hat man also nicht individuell gewählt, sondern man hat durch einen Beschluss festgehalten: Die 23 Leute sind die Wahlleute. Dann gab es Parteifreunde, die sagten: „Wir wollen, dass du Kandidat wirst!“ Ich habe gesagt: „Landtag ist auch schön! Ich habe zwar gar keine Chance, aber machen wir einen Probelauf! Mal sehen, wie das so geht. So wirst du bekannt!“

Dann folgte der erste Wahlgang – geheime Wahl natürlich – von diesen 23 Leuten! Ich erhielt zehn Stimmen. Mir fehlten also zwei Stimmen. Die beiden anderen Kandidaten Reinhard von Schorlemer und Karl Möller, der dann ausschied, erhielten jeweils weniger Stimmen. Im zweiten Wahlgang orientierte sich das völlig neu. Es ging 15 zu 8 für Reinhard von Schorlemer aus. Auf dem Kreisparteitag habe ich dann Reinhard von Schorlemer beglückwünscht. Heute haben wir ein gutes, sehr einvernehmliches Verhältnis. Wir sind jetzt beide Ehrevorsitzende der CDU im Landkreis Osnabrück.

Dann wurde ich 1974 ganz überraschend Kreisvorsitzender der Jungen Union im Landkreis Osnabrück. Wir waren damals der größte Kreisverband mit über 1.000 Mitgliedern. Dieses Amt behielt ich bis 1976. Dann ergab es sich, dass Wahlen zum Landesvorstand der Jungen Union (JU) stattfanden. Da war Platz für mich. Dann habe ich 1976 für den Landesvorstand kandidiert und bin als Kreisvorsitzender ausgeschieden. Damals hatte ich schon die Europawahlen im Blick. Helmut Schmidt und Valéry Giscard d’Estaing waren die beiden, die die erste direkte Europawahl vorantrieben. Erst sollte sie schon 1978 stattfinden, wurde dann aber um ein Jahr verschoben. Ich wollte europapolitischer Sprecher der JU Niedersachsen werden. Dann haben einige gesagt: „Der spinnt ja, was will der da europapolitischer Sprecher werden!“ Ich bin

592 | Karl Möller (1919–1993), deutscher Politiker der CDU, 1955–1978 Mitglied des niedersächsischen Landtags, 1965–1970 niedersächsischer Wirtschafts- und Verkehrsminister.

593 | Reinhard Frhr. von Schorlemer (geb. 1938), deutscher Politiker der CDU, 1980–2002 Mitglied des Deutschen Bundestages.

das dann trotzdem geworden und hatte auch ein gutes Ergebnis bei der Wahl als Beisitzer erzielt. In der Ämterzuteilung wurde ich dann europapolitischer Sprecher.

Ich glaube, 1977 schied jemand aus dem Bundesvorstand der Jungen Union aus, den Sie auch kennen: Fritz Brickwedde<sup>594</sup>, der heute der Generalsekretär der Deutschen Umwelstiftung ist. Er wollte, dass ich sein Nachfolger im Bundesvorstand der Jungen Union werde, wo jetzt mein ältester Sohn stellvertretender Bundesvorsitzender ist. Mein jüngerer Sohn ist kohabitiert in den Bundesvorstand der Jungen Union, weil er Vizepräsident der YEPP ist, der Jungen EVP. Meine Söhne haben es geschafft, dort hineinzukommen. Bei mir misslang das. Die Entscheidung, ehe sie auf dem Deutschlandtag getroffen wird, fällt zunächst im Land Niedersachsen, also bei der Jungen Union Niedersachsen. Das entscheidende Gremium war der Niedersachserrat. Dann hatte ich zur Überraschung auf einmal einen Mitbewerber, Bernd Huck<sup>595</sup> aus Braunschweig. In der folgenden geheimen Wahl erhielten Bernd Huck 26 Stimmen und ich 26 Stimmen. Dann gab es einen zweiten Wahlgang: Bernd Huck 26 Stimmen, ich hatte 25 Stimmen, eine Enthaltung. So wurde Bernd Huck Kandidat und wurde dann auch in den Bundesvorstand gewählt. Ich blieb europapolitischer Sprecher der JU Niedersachsen. Das war vielleicht sogar ganz gut, denn, wer weiß, wenn ich damals in den Bundesvorstand gewählt worden wäre, bliebe es zweifelhaft, ob ich auch dort europapolitischer Sprecher geworden wäre. Zumindest war es fraglich. Im Juli 1978 hatten wir unseren Niedersachsengang, den Landestag der Jungen Union. Ich habe vorgeschlagen, dass wir uns mit europäischen Sachthemen befassen, mit drei konkreten Themen: europäische Institutionen, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Wirtschaft und Währung. Ich war Vorsitzender der Programmkommission. Es wurde in Wolfsburg mit großer Mehrheit beschlossen. Ernst Albrecht war damals unser Ministerpräsident. Er lobte unser Programm. In der weiteren Folge hat mich der Niedersachsengang als Spitzenkandidaten der JU Niedersachsen für die Europawahlen 1979 nominiert.

594 | Fritz Brickwedde (geb. 1948), deutscher Politiker der CDU, seit 1991 Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.

595 | Bernd Huck, deutscher Politiker der CDU, 1992–2002 Vorsitzender des Kreisverbandes Braunschweig.

Natürlich verkürze ich jetzt etwas. Am Vorabend der Nominierung gab es noch eine lange Debatte im Landesvorstand der JU Niedersachsen, ob der Niedersachsentag den Kandidaten nominiert oder der Niedersachsenrat, ein kleineres Gremium, das erst später getagt hätte. Dann sprach sich eine Mehrheit aber dafür aus, dass der Niedersachsentag die Nominierung vollzieht. Nach meiner Kenntnis ist das das einzige Mal gewesen, dass ein JU-Kandidat für ein Parlament auf einem Niedersachsentag nominiert wurde. Es war schon eine ungewöhnliche Situation. Ich habe mich dann für die einstimmige Wahl bedankt.

Damit war ich der Kandidat der JU Niedersachsen. Aber das reicht ja nicht aus. Die Junge Union alleine kann ja nicht den Kandidaten aufstellen. Ich kam aus dem Bezirksverband der CDU Osnabrück-Emsland. Deren Vorsitzender war damals Werner Remmers<sup>596</sup>, der im Jahr 2011 verstorben ist. Er war Fraktionsvorsitzender, Minister und Bezirksvorsitzender in Osnabrück-Emsland, der später Christian Wulff sehr gefördert hat. Christian Wulff wurde später Remmers Nachfolger als Bezirksvorsitzender, was ich eigentlich auch hätte werden wollen. Werner Remmers schlug mich als Kandidat der CDU Osnabrück-Emsland für die Europawahl 1979 vor. Bei der Nominierung der CDU-Landesliste bekam ich Platz vier. Bei der Wahl „zog“ dann die Liste bis Platz fünf.

Kommen wir auf die zweite Frage hinsichtlich der Kollektiv-Demission der Kommission Santer zu sprechen: Ich habe jetzt nicht alle Details im Kopf. Der Hauptpunkt war aber die Causa Cresson. Es gab Unregelmäßigkeiten oder vermeintliche Unregelmäßigkeiten mit irgendwelchen Abrechnungen. Es entstand eine problematische Atmosphäre. Vieles erschien nicht in Ordnung. Ich weiß nicht, nannten Sie den Namen Reimer Böge<sup>597</sup>? Er ist Haushälter. Ihn würde ich Ihnen empfehlen. Er ist der Abgeordnete für Schleswig-Holstein. Führen Sie mit ihm ein Gespräch. Da die Sache mit Cresson sich nicht löste, weil Chirac sie nicht fallen ließ, war es am Ende so, dass der brave und wirklich von mir hochgeschätzte Jacques Santer dann einem Misstrauensvotum zuvorkam, indem die Kommission insgesamt zurücktrat.

596 | *Werner Remmers (1930–2011), deutscher Politiker der CDU, 1976–1994 Mitglied des niedersächsischen Landtags, 1976–1982 niedersächsischer Kultusminister.*

597 | *Reimer Böge (geb. 1951), deutscher Politiker der CDU, seit 1989 Mitglied des EP, seit 2007 Vorsitzender des Haushaltsausschusses des EP.*

Ich sehe das nicht als Schwächung der Kommission, aber man kann auch der Kommission, die ja eine Art Regierung ist nach unserem Verständnis, nicht immer alles durchgehen lassen. Wir sind zwar Verbündete in den Grundsatzfragen, aber es gibt auch Punkte, wo man unterschiedlicher Meinung ist.

Ich erinnere mich daran, dass mir später Barroso gelegentlich sagte, wenn ich ihn kritisiert hatte, er sei damit nicht einverstanden. Gestatten Sie mir, dass ich festhalte: Für Barroso habe ich viel getan, dass er der Kommissionspräsident wurde. Das ist jetzt nicht unser Thema, aber das glaube ich, darf ich für mich in Anspruch nehmen. Wenn ich ihn kritisiert hatte, entgegnete er mir häufig: „Warum kritisierst du mich? Ihr müsst mich doch unterstützen!“ Ich sagte: „Wenn wir Anlass zur Kritik sehen, dann artikulieren wir Kritik. Wenn es einmal wirklich ernst wird, und ich dich aber immer nur lobe, kann ich dich in einer ernsthaften Situation auch nicht verteidigen.“ Es ist alles ein wenig filigraner. Trotz der Tatsache, dass wir im Kern Verbündete sind, muss ich mitunter Kritik üben.

Was den Rat angeht, sind wir heute mit dem Vertrag von Lissabon in der Situation, dass der Europäische Rat das starke Gremium ist. Die „armen Leute“ im Rat – also Bundesminister etc. – müssen nun fast schon uns, das Parlament, bitten, etwas zu tun, damit der Rat wieder stärker wird.

Wenn wir schon damals jene Übereinkunft gehabt hätten, die wir dann mit Prodi erreicht haben – und mit Prodi haben wir das ja gemacht, weil wir die Santer-Erfahrung mit Cresson hatten, mit dem Misstrauen gegen ein Mitglied der Kommission –, hätte Jacques Santer seine Kommission ordnungsgemäß zu Ende führen können. Aber so weit waren wir noch nicht. So ist er ein Opfer geworden – besser gesagt: die ganze Kommission. Aber wir haben daraus gelernt und das Verfahren institutionell aufgrund dieser Erfahrung voran gebracht.

*Kommen wir auf das Verhältnis zwischen Parlament und Kommission zu sprechen, das Sie lange Jahre miterlebt haben. Was hat sich in den Jahren verändert?*

Es hat sich sehr viel verändert! Die Kommission weiß, dass das Parlament für sie von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das Laissez-faire oder Laissez-aller, was die Kommissare und auch die Kommissionsbe-

amten insbesondere über lange Zeit in den 1980er Jahren genießen konnten, gibt es heute nicht mehr. Wenn das Parlament heute jemanden in der Kommission kritisiert, hat das schon Folgewirkungen. Der Kommissionspräsident hat ein sehr schwieriges Amt. Alle bedrängen ihn, im Europäischen Rat und im Europäischen Parlament. Es wollen auch nicht alle in eine Richtung gehen, sondern in verschiedene. So ist es auch im Parlament. Die EVP lässt „ihrem“ Kommissionspräsidenten vielleicht etwas durchgehen, was man sonst vielleicht kritisieren müsste. Dann gibt es noch die Sozialisten, die Liberalen, die Grünen und die Europaskeptiker – die nehmen wir ja nicht wirklich ernst, obwohl man sie ernst nehmen müsste. Wenn diese Kräfte auf die Kommission einschlagen, hat das aus unserer Sicht keine Überzeugungskraft. Wenn aber die Pro-Europäer die Kommission kritisieren, dann macht das die Kommission schon nervös – und auch den Kommissionspräsidenten. Weil so viele an dem Kommissionspräsidenten ziehen – im Rat und im Parlament, und dann in unterschiedliche Richtungen – sage ich immer, dass er wirklich eines der schwierigsten Ämter hat, die es auf der Welt gibt. Ich glaube, dass es manchmal einfacher ist, Präsident der USA zu sein als Präsident der Europäischen Kommission. Insgesamt kann man sagen, dass sich die Parlamentarisierung der Kommission oder die Verantwortlichkeit der Kommission gegenüber dem Parlament doch sehr beachtlich erweitert hat. Ich erinnere mich sehr gut daran, dass mit dem Rücktritt der Kommission Santer die Kommission das Parlament zum ersten Mal als eine wirkliche Realität wahrgenommen hat. Bis dahin gab es eine gewisse Arroganz gegenüber dem Europäischen Parlament. Es wurde eigentlich in seiner Bedeutung nicht wahrgenommen. Das habe ich sehr gut in Erinnerung. Wir haben dafür gekämpft, dass es sich änderte – und es hat sich geändert.

*Der deutschen Bundesregierung wird ja mitunter nachgesagt, dass sie bei der Durchsetzung von bestimmten Spitzenpositionen – nicht zuletzt auch im Vergleich zu Frankreich – etwas nachlässig reagiert, also nicht so mit Herz die Dinge vorantreibt, wie das möglicherweise im vermeintlich deutschen Interesse sein könnte, z.B. im Fall der Amtseinführung bzw. der Durchsetzung der Personalie Jacques Delors. 1984 war ja nicht zuletzt Kurt Biedenkopf als Kommissionspräsident im Gespräch. Helmut Kohl hat ihn ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr so favorisiert. Man kann vielleicht auch sagen, dass er ihn im Kampf, im Wettstreit mit François Mitterrand fallen gelassen hat. Können Sie ein wenig die Hintergründe erhellen, warum Kohl sich so stark auf Jacques Delors als kommenden Kommissi-*

*onspräsidenten eingeladen hat und dann seinen zunächst einmal eigenen Kandidaten Biedenkopf nicht mehr favorisiert hat?*

*Die zweite Frage lautet: Sie haben zuvor die unterschiedlichen Positionen der Bündnispartner im Rahmen der Wiedervereinigung angesprochen. Da ich mich sehr intensiv mit der Rolle Frankreichs und vor allen Dingen auch François Mitterrands diesbezüglich beschäftigt habe<sup>598</sup>, würde mich interessieren, wie eigentlich im Europäischen Parlament die Positionen oder die Wiedervereinigungspolitik, wenn man es denn so bezeichnen kann, Mitterrands bei den eigenen Sozialisten oder auch bei den anderen französischen Parlamentariern goutiert worden ist?*

Zunächst zur Frage Biedenkopf-Delors und warum Helmut Kohl nicht Kurt Biedenkopf zum Kommissionspräsidenten durchgesetzt hat. Dazu kann ich Ihnen leider nichts sagen, weil ich damals gar nicht im Spiel war. Aber ich werde ihn, wenn ich ihn das nächste Mal sehe, danach fragen. Ich habe nicht in Erinnerung, aber das mag ein Defizit auf meiner Seite sein, dass er Kommissionspräsident werden sollte.

Aber ich kann Ihnen etwas zu der Zeit sagen, nachdem Delors Präsident geworden war. Es war ein großes Glück, dass Delors, der ja Sozialdemokrat oder nach französischen Begriffen Sozialist ist, auch zu einem großen Teil christlich-demokratische Überzeugungen hat, etwa was die soziale Marktwirtschaft oder das Christentum angeht. Es war ein großes Glück, dass er inhaltlich in vielen Fragen sehr nah bei Helmut Kohl stand. Insofern konnte sich Delors absolut auf das Vertrauen von Mitterrand und Kohl, also von beiden, stützen. Das hat es in dieser Form so nicht wieder gegeben. Ich erinnere mich daran, dass Helmut Kohl einmal, als es um die Verlängerung des Mandates von Delors ging, sagte, dass wir ihn als Kommissionspräsidenten behalten müssen. Das muss 1989 gewesen sein. Ich glaube, ich bin nicht indiskret, wenn ich das sage. Das ist etwas Positives. Delors war, anders als Mitterrand, immer ein Unterstützer der Einheit Deutschlands. Das hängt auch mit diesem Gemeinschaftsbewusstsein zusammen, wie wir es auch in der EVP hatten. Wenn Sie ein Programm haben, in dem von dem Selbstbestimmungsrecht aller Völker die Rede ist, einschließlich des deutschen Volkes, dann können Sie eigentlich nicht dagegen sein. Es war wirklich

598 | Ulrich Lappenküper: *Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx.* München 2011.

auch Vertrauen geschaffen worden. Schauen Sie sich heute einmal den Fall Griechenland an! Man lässt nicht einfach jemanden alleine! Man durfte die Deutschen nicht alleine lassen mit ihrem Anliegen der Wiedervereinigung! Die Wiedervereinigung war nicht etwas, in dem es darum ging, einfach nur ein größeres Land zu schaffen. Es ging um Werte! Deswegen ist es so wichtig, dass wir immer sagen: Die Europäische Union ist etwas, das mit Werten zu tun hat. Wenn man eine Wertegemeinschaft ist, ist es wie in einer Familie – dann schließt man nicht einfach jemanden aus, wenn es Probleme gibt! Man ist und bleibt eine Familie – und man muss Brücken bauen.

Nehmen wir jetzt ein anderes Beispiel – nämlich die Reaktionen in Europa auf die ÖVP-FPÖ-Koalitionsbildung in Österreich im Februar 2000. Ich war damals Fraktionsvorsitzender. François Bayrou (UDF), ein Franzose, der ein guter Europäer ist, aber völlig auf sich konzentriert, rief mich aus Paris an. Ich leitete gerade eine Fraktionssitzung in Brüssel. Er war auch Mitglied der Fraktion. Er sagte zu mir: „Wirf die Österreicher raus, sonst gehen wir!“ Ich entgegnete ihm, dass wir doch erst einmal alle eine Nacht darüber schlafen sollten. Dann hatten wir im März 2000 Studientage in Paris. Ein Emissär aus dem Elysée Palast kam zu mir und sagte: „Der Präsident“ – also Jacques Chirac – „lädt die Fraktion zu einem Empfang in den Elysée ein – aber ohne die Österreicher!“ Dann habe ich spontan, ohne jemanden zu konsultieren, gesagt: „Dann geht keiner!“ Selbst die Kritiker in unserer Fraktion an dem Schlüssel-Haider-Bündnis in Österreich haben gesagt: „Das hast du richtig gemacht! Wir können es niemandem gestatten, von außerhalb unserer Fraktion auf uns Einfluss zu nehmen!“

Dann trafen wir uns einmal in Madrid bei José Maria Aznar. Aznar kam ja von weit rechts. Er hatte wohl auch Legitimitäts- oder Legitimationswünsche. Von Problemen zu sprechen wäre verfehlt. Aznar wollte sich in seiner Wahlkampagne als Mann der Mitte darstellen. Dazu passten nun diese Freunde, die in Österreich mit den Rechten koalierten, gar nicht. Ich erinnere mich noch genau an diese Sitzung: Links von mir saß Silvio Berlusconi, rechts Wilfried Martens und Margaretha af Ugglas<sup>599</sup>, die zuvor schwedische Außenministerin gewesen war. Sie hat dem spanischen Ministerpräsidenten Aznar gesagt: „Als Ihre Partei, die Alianza Popular [die von rechts kam], in die EVP aufge-

599 | Margaretha af Ugglas (geb. 1939), schwedische Politikerin der Moderaten Sammlingspartei, 1991–1994 Außenministerin ihres Landes.



nommen wurde, bin ich in Schweden angegriffen worden, weil wir, die schwedische Moderaterna, nun gemeinsam in einer Parteienfamilie sind! Aber ich habe die Alianza Popular in Schweden verteidigt! Nun erwarte ich auch von Ihnen, Herr Aznar, dass Sie jetzt unsere österreichischen Freunde verteidigen!" Berlusconi sagte nur zu mir: „Red' du einmal! Ich unterstütze dich, aber ich kann hier jetzt nicht reden, aber mach'!“ Solche Begebenheiten habe ich erlebt.

Ein ähnlicher Fall betrifft Ungarn: Vieles ist da sicher nicht in Ordnung. Aber man schmeißt Fidesz nicht einfach aus der EVP heraus oder behandelt sie nicht als Aussätzige. Zunächst einmal ist man eine Familie, und da muss man eine Brücke bauen. Intern muss man dann wirklich hart mit ihnen ringen. Das wurde intern auch getan.

Aber kommen wir zurück zu Delors: Delors hat die Einheit Deutschlands immer unterstützt. Es war ein großes Glück, dass sich hier mit Delors, Kohl und nach einigem Hin und Her auch Mitterrand drei Personen fanden, die die deutsche Einheit natürlich auch als Chance begriffen, um Europa massiv nach vorne zu bringen. Das war schon eine wirklich glückliche Konstellation. Es zeigt auch, wie wichtig es ist, eine starke Kommission als Gemeinschaftsinstitution zu haben. Auch das Parlament hat sich parallel zu diesem Prozess als stark erwiesen.

Während dieser Phase haben auch die deutschen Sozialdemokraten in der sozialistischen Fraktion eine positive Rolle gespielt und es geschafft, dass die anderen mitgingen. Der spanische Ministerpräsident Felipe González war ja innerhalb der Europäischen Union einer, der Helmut Kohl mit am stärksten unterstützt hat. Wenn die spanischen Sozialisten diesen Weg mitgehen, dann ist das schon eine starke Unterstützung.

*Kommen wir auf Ihre Tätigkeit im Abrüstungsunterausschuss des EP zu sprechen. Wie war zur Zeit der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses zumindest in Deutschland, aber eben nicht in Belgien oder den Niederlanden Ihr Verhältnis zu den Kollegen? In diesen beiden Benelux-Staaten wartete man ja noch auf die Stationierung der versprochenen Cruise Missiles. Gab es intern Spannungen in der EVP-Fraktion? Haben Sie versucht, vielleicht auch im deutschen Interesse, die Kollegen aus den Niederlanden und Belgien zur Cruise-Missile-Stationierung zu bewegen? Oder wurde das gar nicht thematisiert in Ihrem Gremium?*

*Die zweite Frage bezieht sich auf das, was Sie im Vorgespräch schon angesprochen hatten. Im öffentlichen Bewusstsein sind hier die Europapolitiker in den nationalen Gremien sehr viel weniger präsent als Leute, die sich stark mit Innenpolitik oder normaler Außenpolitik befassen. Könnten Sie uns vielleicht schildern, wie Sie praktisch im Hintergrund versuchen, europapolitische Themen gerade auch in der CDU durchzusetzen, zu promovieren und Einfluss zu nehmen?*

Zur ersten Frage hinsichtlich der Mittelstrecken-Raketen: Ich erinnere mich nicht daran, dass wir das in extenso stark behandelt hätten. Sicher haben wir am Rande darüber gesprochen. Uns ging es zunächst darum, das Thema Sicherheitspolitik in die europäischen Institutionen zu bringen. Sie erinnern sich daran: Zunächst war ja die Rede von der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ). Die Außenminister, wenn sie als allgemeiner Rat zusammenkamen, als Gesetzgeber, tagten an einem Ort. Wenn sie im Rahmen der EPZ zusammenkamen, tagten sie an einem anderen Ort. Das war ja das Irre. Ich erinnere mich, wie wir unsere erste Anfrage ins Parlament einbrachten und der damalige – später wurde er dann Kollege – luxemburgische Außenminister Jacques Poos<sup>600</sup> auf unsere Anfrage zur Sicherheitspolitik antwortete. Wenn ich mich richtig erinnere, war das die erste Begebenheit dieser Art. Das war noch im Parlament in Luxemburg, wo wir ja schon lange nicht mehr tagen. Erstmals gab es im Parlament eine Antwort zu Fragen der Sicherheitspolitik. Das war ganz allgemein, aber es war ein langer Weg. Gestern war laut CDU-Vorstands-Terminkalender Tagung des Verteidigungsministerrates der EU. Das ist mit damaligen Verhältnisse gar nicht vergleichbar. Das ist ein weiter Weg, den wir gegangen sind. Das kann man sich aus der Sicht von heute gar nicht mehr vorstellen, wie sich das entwickelte. Im Kontext der so genannten feierlichen Erklärung von Stuttgart von 1983 wurde beschlossen, dass man die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheitspolitik beraten sollte. Das war ein erster Schritt, der auf Emilio Colombo und Hans-Dietrich Genscher zurückzuführen war. Wir haben dann durch Berichte, die wir im Parlament erstellt haben, gesagt, dass über alle Aspekte der Sicherheitspolitik im Rahmen der damaligen Europäischen Gemeinschaften beraten werden sollte – einschließlich der militärischen. Ehe das alles angenommen wurde, dauerte es lange. Erst im Vertrag von Maastricht von 1993 wurden diese Aspekte aufgenommen. Es ging bei uns weniger um die

600 | Jacques Poos (geb. 1935), luxemburgischer Politiker der sozialistischen Partei, 1984–1999 Außenminister seines Landes.

Stationierung von Mittelstrecken-Raketen, sondern um den Weg und darum, dass man sich mit den Fragen überhaupt befasst.

Ich erinnere mich daran, dass wir einmal eine Debatte hatten, bevor der Unterausschuss „Sicherheit und Abrüstung“ gebildet wurde. Auch einige ehemalige Generäle waren beteiligt – Wolfgang Schall<sup>601</sup> war einer von ihnen. Die Generäle wollten gleich über Nuklearwaffen reden. Sie meinten, dass Europa Nuklearwaffen brauche. Da habe ich immer gesagt: „Damit anzufangen bringt gar nichts. So erreichen wir nichts!“ Sie brauchen ja in der europäischen Politik auch die anderen Parteien. Wer eine sehr kluge und gute Rolle gespielt hat, war Klaus Hänsch, der später auch Parlamentspräsident wurde. Er stimmte mit mir in diesen Fragen praktisch überein. Wir sind dann sehr, sehr behutsam den Weg gegangen.

Vielleicht sollte ich Ihnen noch die Situation schildern, wie es zu dem Namen des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“ kam: Die Sozialisten wollten den Unterausschuss „Abrüstung“ nennen. Wir wollten ihn „Sicherheit“ nennen, weil wir der Meinung waren, dass Abrüstung allein keine Sicherheitspolitik ist. Zur Sicherheitspolitik gehört sehr viel mehr: politische, diplomatische, wirtschaftliche und militärische Aspekte. Wenn man sich aber auf einen Aspekt beschränkt, der ohne Zweifel wichtig ist, werden Sie nie eine Sicherheitspolitik haben. Der Kompromiss, den wir fanden, war dann Unterausschuss „Sicherheit und Abrüstung“.

Dann hatten wir einmal innerhalb unserer Fraktion eine Auseinandersetzung über die Frage, wie wir uns gegenüber den Amerikanern in Fragen der Sicherheitspolitik verhalten sollen. Leo Tindemans etwa, den ich hoch schätze, war zweieinhalb Jahre lang Fraktionsvorsitzender als Vorgänger von Wilfried Martens. Leo Tindemans hatte immer die Befürchtung, dass uns eine europäische Sicherheitspolitik von den Amerikanern abkoppelt. Ich habe gesagt: „Lieber Leo, wir wollen in der NATO eine gleichberechtigte europäische Säule neben der amerikanischen Säule! Gleichberechtigt mit den Amerikanern, nicht weg von den Amerikanern! Gleichberechtigt! Aber dafür müssen wir zunächst stark sein! Wir Europäer müssen zusammenkommen!“ Um mich selbst zu verpflichten, dass unser Selbstverständnis nicht weg von Amerika

601 | Wolfgang Schall (1916–1997), deutscher General der Bundeswehr.

bedeutete, sondern Teil der NATO zu sein, habe ich immer in meinen eigenen Kalender „U-S-A“ geschrieben: Unterausschuss „Sicherheit und Abrüstung“! So wusste ich: Vergiss das nie! Es geht nicht gegen die Amerikaner! Wir wollen nur gleichberechtigt mit den Amerikanern sein. Darum ging es!

Kommen wir auf Ihre zweite Frage zu sprechen: Gremien der CDU. Helmut Kohl war in den 1970er Jahren so klug und einsichtig, einen Passus in das Statut der CDU aufzunehmen, der sinngemäß Folgendes beinhaltet: Wenn die CDU auf europäischer Ebene den Fraktionsvorsitzenden oder den Parlamentspräsidenten stellt, gehören diese Personen automatisch mit Stimmrecht dem Präsidium und dem Bundesvorstand der CDU an. Das galt damals lange für Egon Klepsch, der Fraktionsvorsitzender und von 1992 bis 1994 auch Präsident des Europäischen Parlaments war. Dann wurde dieser Passus für mich von 1999 bis 2009 wirksam, da ich ja von 1999 bis 2007 Fraktionsvorsitzender und von 2007 bis 2009 Parlamentspräsident war.

Dadurch war ich voll gleichberechtigt. Jetzt bin ich als ständiger Gast für die Konrad-Adenauer-Stiftung im Vorstand, so wie mein Vorgänger, unser hochgeschätzter Ehrenvorsitzender Bernhard Vogel, der aber früher auch vollwertiges Mitglied des Bundesvorstandes war und immer mit den höchsten Ergebnissen gewählt wurde. Schon als Ministerpräsident war er ja auch im Präsidium.

Ich empfehle meinen Kolleginnen und Kollegen immer, dass sie Parteiämter auch auf der regionalen und Landesebene wahrnehmen. Als Landesvorsitzender ist das ein wenig schwieriger. Bezirksvorsitzender oder Kreisvorsitzender zu sein, geht. Ich war 20 Jahre lang Kreisvorsitzender – nicht, weil ich es angestrebt habe, sondern weil es sich einfach so entwickelt hat. Vieles habe ich angestrebt, aber der Kreisvorsitz und auch der Vorsitz in der Konrad-Adenauer-Stiftung gehörten nicht dazu. Das entsprach nicht meinem Ehrgeiz. Es hat sich einfach ergeben, weil andere mich vorschlugen. Wenn die Europa-Abgeordneten in den regionalen Parteien stark verwurzelt sind, hilft das unserer europäischen Sache. Ich habe viele Kollegen, die entweder Kreisvorsitzende oder Bezirksvorsitzende sind und dann auch in die Landesvorstände oder in den Bundesvorstand gewählt sind, z. B. Elmar Brok. Er ist Beisitzer im Bundesvorstand.

Sprechen wir noch über die Medienpräsenz: Die Medien nehmen nach wie vor die Europapolitik, sofern sie Politik im Europäischen Parlament ist, nicht so wahr, wie es eigentlich erforderlich wäre. Wenn Sie Debatten haben, schauen Sie sich diese Talkshows an. Sie finden dort in der Regel keine Europa-Abgeordneten. Die Europapolitik wird in den Medien leider nicht wirklich ernst genommen. Es ist zwar schon besser geworden, aber daran muss man weiter arbeiten.

*Sie haben schon von Leo Tindemans gesprochen. Wie würden Sie die Bedeutung der belgischen Christdemokraten in Fraktion, Parlament und in der Europapolitik im Generellen beurteilen?*

Ich muss Ihnen sagen, dass ich höchste Achtung vor meinen belgischen Kolleginnen und Kollegen habe. Ich nenne sehr anerkennend Marianne Thyssen, die langjährige Vorsitzende der belgischen Delegation in der EVP-Fraktion, die eine wunderbare Rolle in unserer Fraktion gespielt hat. Sie ist eine wirklich überzeugte europäische Föderalistin. Das Gleiche gilt für Wilfried Martens. Ich habe vor einigen Tagen noch mit Wilfried Martens telefoniert. Er ist ein wirklicher Anwalt der bundesstaatlichen Ordnung Europas, des Föderalismus. Er verfügt ja auch über eine große Erfahrung als Ministerpräsident von Belgien. Er amtierte 13 Jahre lang. Leo Tindemans, früherer Ministerpräsident Belgiens und Karlspreisträger der Stadt Aachen, war EVP-Fraktionsvorsitzender von 1992 bis 1994. Es war dann bitter, als er den Fraktionsvorsitz aufgeben musste und Wilfried Martens sein Nachfolger wurde. Das Verhältnis der beiden ist sicher steigerungsfähig – in positiver Weise. Ich aber habe zu beiden immer ein sehr gutes Verhältnis gehabt.

Zu den weiteren wichtigen belgischen Akteuren zählt Herman van Rompuy<sup>602</sup>, der Präsident des Europäischen Rates. Er war Präsident des Parlaments in Belgien, als ich Präsident des Europäischen Parlaments war. Er war der Erste, der hier in Berlin am 9. November 2010 die Berliner Europarede gehalten hat. Wir wollen immer am 9. November einen Präsidenten der europäischen Institutionen sprechen lassen. Der 9. November, das wissen Sie, ist der Tag des Falls der Mauer, aber auch in anderer Weise bedeutend, etwa in Bezug auf die sogenannte

602 | Herman van Rompuy (geb. 1947), belgischer Politiker der CD&V, 2008/09 Premierminister seines Landes, seit 2009 Präsident des Europäischen Rates.

Reichskristallnacht von 1938. Ich habe mit Herman van Rompuy nicht so eine enge Beziehung wie mit Wilfried Martens. Wir stehen in Kontakt. Ich kann nur sagen, dass ich auch höchsten Respekt vor Jean-Luc Dehaene, ehemaliger Ministerpräsident Belgiens und jetzt Abgeordneter des Europäischen Parlaments, habe, der eine wirklich gute Rolle im Verfassungskonvent gespielt hat und sehr föderalistisch ausgerichtet ist. Die Zusammenarbeit mit den belgischen Kollegen in der EVP ist wirklich gut.

*Gérard Deprez?*

Deprez war früher auch bei uns. Er ist mittlerweile aber nicht mehr im Parlament. Deprez ist dann zu den Liberalen gegangen.

*Wie gestaltete sich das Verhältnis von Helmut Kohl zu den niederländischen Christdemokraten?*

Der sozialdemokratische niederländische Ministerpräsident Wim Kok und Helmut Kohl hatten ein sehr gutes Verhältnis, während Kohl zu Koks Vorgänger Ruud Lubbers kein so gutes Verhältnis hatte. Helmut Kohl hatte den Eindruck, dass er durch die niederländische Regierung Lubbers wie auch durch Außenminister Hans van den Broek für die deutsche Einheit nicht die Unterstützung fand, wie er sich das vorstellte. Dann wollte Lubbers später EU-Kommissionspräsident werden. Helmut Kohl, der ja dann ganz offen ist, hat ihn gefragt, wie er glauben könne, dass er ihn unterstützen würde. Insofern gab es leider Kontroversen.

Ich will aber auch noch etwas anders zum Verhältnis Niederlande und Deutschland sagen, damit wir uns nicht nur auf einer kritischen Ebene begegnen: Eines der bemerkenswertesten Gespräche, das ich in meinem Leben hatte, war ein 40-Minuten-Gespräch unter vier Augen mit Königin Beatrix. Ich muss sagen: Das war eine so wunderbare Unterhaltung. Die Atmosphäre, die Offenheit waren bemerkenswert. Sie erzählte mir so vieles, obwohl sie mich ja gar nicht kannte. Ich möchte von einer anderen Begegnung berichten, und hoffe, dass es nicht indiskret ist: Einmal saß ich beim Mittagessen aus Anlass einer Rede von Königin Beatrix vor dem Europäischen Parlament neben ihr. Beim Essen saß ich aus protokollarischen Gründen – als Vorsitzender der größten Fraktion des Parlaments – stets rechts neben dem Gast. Dann habe ich mich mit ihr unterhalten. Ich sagte zu ihr: „Majestät, ich habe sehr geschätzt, wie Sie sich im Jahr 2000 in der ‚Causa Österreich‘ verhal-

ten haben – ganz im Gegensatz zu den Belgiern.“ Der damalige belgische Außenminister Louis Michel<sup>603</sup> ließ ja verlauten, dass man die Kinder nicht nach Österreich in die Skiferien fahren lassen sollte. Dann hat die Königin gesagt: „Ja, ich habe mir überlegt, was ist folgenreicher? Wenn ich mich so verhalte wie immer oder wenn ich mein Verhalten ändere? Es ist besser, ich mache es so, wie ich es immer gemacht habe!“ Ich empfand das als sehr weise Entscheidung. Die beiden Begegnungen mit Königin Beatrix bleiben mir immer in guter Erinnerung.

*Welche Rolle hat die deutsche Gruppe in der EVP-Fraktion gespielt?*

Die deutsche Gruppe war immer sehr entscheidend, weil sie wirklich in der Mitte der Fraktion war. Zu den Föderalisten innerhalb der Fraktion zählten die belgischen Freunde, die Niederländer, die Luxemburger ohnehin und auch die Italiener. Die föderalistisch-bundesstaatlichen Überzeugungen waren und sind auch die Überzeugung der CDU. Bei der CSU ist es in Nuancen anders, aber im Europäischen Parlament sind die Freunde der CSU immer unseren Weg mitgegangen. Ich habe immer gesagt: Im Europäischen Parlament sind die CDU-Abgeordneten etwas mehr CSU und die CSU etwas mehr CDU. Insofern schätze ich unsere Kolleginnen und Kollegen von der CSU sehr. Ich hätte meine Aufgaben, die ich dann wahrnehmen durfte, wahrscheinlich gar nicht in dem Wettbewerb mit anderen wahrnehmen können, wenn ich nicht immer die CSU an meiner Seite gehabt hätte. Die CDU/CSU war immer offen für die Einbindung der britischen Konservativen. Deswegen kam es auch zur großen Enttäuschung mit David Cameron, der ja schon 2006 entgegen den Abmachungen mit dem EVP-Teil der Fraktion die konservativen Abgeordneten aus der gemeinsamen EVP-ED-Fraktion abziehen wollte, was schließlich 2009 geschah. Aber es gibt auch irgendwie so eine List der Geschichte. Wenn Cameron es mit seiner Europaskepsis übertreibt, wird auch sein eigenes Land auseinander treiben. Die Schotten werden ja ein Referendum über den Verbleib im Vereinigten Königreich im Jahre 2014 abhalten. Je mehr Cameron sich gegen Brüssel stellt, umso mehr wird er ein Ja der Schotten für die Unabhängigkeit ihres Landes vom Vereinigten Königreich befördern. Denn die Schotten sind ja europafreundlich. Das ist eine Ironie der Geschichte.

603 | Louis Michel (geb. 1947), belgischer Politiker des Mouvement Réformateur, 1999–2004 Außenminister seines Landes, 2004–2009 EU-Kommissar für Entwicklung und Humanitäre Hilfe, seit 2009 Mitglied des EP.

CDU/CSU waren immer auch ein Bindeglied zu den Konservativen. Als dann die Democrazia Cristiana auseinanderbrach, waren wir umso mehr eine Stütze. Egon Klepsch hat immer sehr mit den Italienern zusammengearbeitet. Die Franzosen waren damals noch nicht bei uns in der Fraktion. Die Bedeutung der CDU/CSU in der Fraktion ist sehr groß. Man kann das gar nicht hoch genug einschätzen. Ich hoffe aus der Sicht der Belgier, der Niederländer und der anderen, dass unser Einfluss nicht zu groß ist. Die deutsche Rolle in der Fraktion, so wie ich sie sehe, sollte sehr vermittelnd sein. Ich habe als Fraktionsvorsitzender immer das Prinzip gehabt, die großen Delegationen – also die Franzosen, die Italiener, damals auch noch die Briten – nicht gegen mich zu haben, aber die kleineren und mittleren für mich zu haben. Ich habe immer für wichtig gehalten, dass auch die Kleineren berücksichtigt werden und dass wir das Gemeinschaftselement stärken. Alle müssen eingebunden sein.

Meine These war immer, dass die Verträge wichtig sind, weil sie die Grundlage der Europäischen Union bilden. Aber die Psychologie ist fast genauso wichtig. Wenn der Eindruck entsteht, die großen – vielleicht Frankreich und Deutschland – dominieren alles, wäre das fatal. Die Großen haben eine Führungsaufgabe, aber sie müssen alle anderen mitnehmen. Man muss die Gemeinschaftsinstitutionen nutzen. Das ist wichtig, denn daraus entsteht erst Vertrauen. Dieser Begriff ist noch gar nicht gefallen. Das ist überhaupt das Wichtigste in der Politik. Wenn Helmut Kohl die Wichtigkeit des Vertrauens ansprach, haben wir häufig nur darüber gelächelt. Aber er hat Recht: Vertrauen ist wirklich das Wichtigste. Wenn kein Vertrauen da ist, können Sie nichts erreichen.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Die für mich schwierigste Situation ergab sich 2004 im Kontext der Berufung der Barroso-Kommission. Ich meine hier vor allem die Auseinandersetzungen um Rocco Buttiglione<sup>604</sup>. Er äußerte sich negativ über Homosexualität. Auch hat er ein sehr konservatives Familienbild. Wegen seiner diesbezüglichen Äußerung schien die ganze Kommission zu scheitern. Zweidrittel der Fraktion sagten, dass wir den Mann bis zum Schluss verteidigen müssen. Ein Drittel sagte: „Er ist verrückt, wie kann der solche Äußerungen

604 | *Rocco Buttiglione (geb. 1948), italienischer Politiker der PPI, CDU, heute Unione di Centro, 2001–2005 Europa- und 2005–2006 Kultusminister seines Landes.*



von sich geben?“ Wie wollen Sie unter solchen Umständen eine Fraktion zusammenhalten? Das war eine furchtbare Situation für mich, weil auch kulturelle, vielleicht sogar vermeintlich religiöse und sittliche Fragen gestreift wurden. Wenn Sie dann aber Kolleginnen und Kollegen haben, die Ihnen vertrauen oder denen ich vertraue, dann kann man solche Situationen durchstehen. Es ist für einen Fraktionsvorsitzenden ja der Super-GAU, wenn die Einheit der Fraktion gefährdet ist. Diese Gefahr bestand damals. Guy Verhofstadt wurde damals schon vor der Europawahl von Jacques Chirac und Gerhard Schröder als der Kandidat für den Kommissionspräsidenten ausgerufen. Dann habe ich ein Interview in der *FAZ* gegeben und mich dagegen gewandt. Ich ließ verlauten, dass zunächst einmal die Europawahl stattfinden müsse. Wenn wir wieder mit Abstand die stärkste Fraktion werden würden, dann habe unsere Partei einen Anspruch darauf, einen Kandidaten zu präsentieren. Wir waren gegen Verhofstadt, weil er nicht das Wahlergebnis repräsentierte. Mit seinem föderalistischen Europabild bin ich hingegen sehr einverstanden.

Als dann Barroso als Kandidat feststand und es um die Gesamtkommission ging, musste sich jeder Kommissionskandidat einer Anhörung stellen. Im Deutschen Bundestag braucht sich keiner der Minister einer Anhörung zu stellen. Wenn gesagt wird, dass die Kommission nicht legitimiert sei, dann ist das falsch! Barroso erhielt dann das Vertrauen des Parlaments. Die gesamte Kommission erhielt ein Vertrauensvotum, wozu auch der Kommissionspräsident noch einmal gehört wird. Das schien durch Buttiglione gefährdet. Am Ende hat er sich selbst zurückgezogen.

In der Folge verlangten die Hardliner auf unserer Seite aber ein Opfer auf der sozialistischen Seite. Das sollte László Kovács<sup>605</sup> aus Ungarn sein. Daraufhin erhielt ich Anrufe aus Berlin „Ihr könnt doch Kovács nicht opfern! Er hat uns 1989 bei dem Grenzübergang der DDR-Flüchtlinge von Ungarn nach Österreich geholfen!“ Das war ein Knäuel, das Sie nicht entflechten konnten. Am Ende ist es doch gelungen. Berlusconi rief dann an und sagte: „Buttiglione hat sich zurückgezogen!“

605 | *László Kovács (geb. 1939), ungarischer Politiker der sozialistischen Partei, 1994–1998 und 2002–2004 Außenminister seines Landes, 2004–2010 EU-Kommissar für Steuern und Zollunion.*

Ich habe hier drei Leute! Wer soll es werden?“ Dann habe ich gesagt: „Franco Frattini<sup>606</sup> ist eine hervorragende Lösung!“ Er wurde dann statt Buttiglione Kommissar. Bei allen diesen Fragen habe ich sehr eng mit der CDU/CSU-Gruppe zusammengearbeitet. Der Vorsitzende war damals Hartmut Nassauer<sup>607</sup>, der Co-Vorsitzende Markus Ferber<sup>608</sup>. Es ist nicht übertrieben zu sagen: Die CDU/CSU-Gruppe ist die Mitte der EVP-Fraktion und damit ein Bindeglied zu beiden politischen Seiten. Damit hat sie einen großen Einfluss. Sie wird ihn bewahren, wenn die anderen Teile der Fraktion es nicht als Dominanz verstehen.

*Herr Pöttering, haben Sie ganz herzlichen Dank für das Gespräch!*

Dankeschön! Es hat mir viel Freude gemacht, Ihnen in einer einfachen Sprache meine Erfahrungen und Erlebnisse zu schildern.

606 | *Franco Frattini (geb. 1957), italienischer Politiker der PdL, 2002–2004 und 2008–2011 Außenminister seines Landes, 2004–2008 EU-Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit.*

607 | *Hartmut Nassauer (geb. 1942), deutscher Politiker der CDU, 1974–1994 Mitglied des hessischen Landtags, seit 1994 Mitglied des EP, 1999–2006 Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EP.*

608 | *Markus Ferber (geb. 1965), deutscher Politiker der CSU, seit 1994 Mitglied des EP.*